

**Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019**

**Anlässlich des Freitagsgebets in der**

**Neuköllner Begegnungsstätte Dar Assalam Moschee,**

Flughafenstraße 43, 12053 Berlin

22. März 2019, 12:10 bis 12:30 Uhr

(Redezeit: max. 10-12 Minuten; mit arabischer Übersetzung)

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Dr. Micksch,

Sehr geehrter Herr Mazyek,

Sehr geehrter Herr Sabri,

zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei den Organisatoren der diesjährigen internationalen Wochen gegen Rassismus, dem Zentralrat der Muslime, bei der Neuköllner Begegnungsstätte e.V. und Herrn Mousa für die heutige Einladung bedanken.

Dieses Jahr beteiligen sich Moscheegemeinden im ganzen Land mit über 1.700 Freitagsgebeten an den internationalen Wochen, zu denen sie öffentlich einladen. Hierzu kommen weitere 1.750 Veranstaltungen, die von den unterschiedlichsten Organisationen und Initiativen angeboten werden – alle mit dem einen Ziel: ein gemeinsames Zeichen gegen Nationalismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit und für eine weltoffene, solidarische und vielfältige Gesellschaft zu setzen.

Für mich war sofort klar, dass ich Ihre Einladung zum heutigen Freitagsgebet annehme. Herzlichen Dank dafür!

Dafür gibt es einen guten Grund.

Wir alle wissen: Dort, wo kulturelle Vielfalt den Alltag prägt, gelingt das Zusammenleben in unserer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft weit besser als dort, wo es keine Gelegenheit zur täglichen Begegnung gibt.

Besonders deutlich wird dies in der Arbeitswelt - also der Welt, in der wir Gewerkschaften zuhause sind. In der Werkstatt, in der Fabrik und im Büro erleben wir tagtäglich, wie Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft gut und kollegial zusammenarbeiten.

Menschen, die gemeinsam etwas anpacken und sich kennenlernen, sind sich nicht mehr fremd.

Und diese Erfahrung können wir doch weit über den Arbeitsplatz hinaus nutzen. Wir brauchen viel mehr Orte der Begegnung, um Vorurteile abzubauen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und so für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen.

Und genau das ist es, was durch die Internationalen Wochen gegen Rassismus erreichen wollen.

Genau aus diesem Grund gehörte der Deutsche Gewerkschaftsbund 2014 zu den Mitbegründern der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus. Genau

deshalb sind wir von Anfang an Kooperationspartner bei den Internationalen Wochen.

[ANREDE]

Ja – im betrieblichen Alltag können wir tagtäglich erleben, wie gelungene Zusammenarbeit und Solidarität über kulturelle Grenzen hinweg aussieht. Das bedeutet aber keineswegs, dass in der Arbeitswelt kein Platz für Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung wegen Herkunft, Religionszugehörigkeit oder was auch immer wäre.

Einen wesentlichen Grund hat das darin, dass heute mehr und mehr Menschen – selbst wenn es ihnen wirtschaftlich gut geht – Angst vor sozialen Abstieg oder Statusverlusten haben. Viele von ihnen machen sich Sorgen um die eigene Zukunft oder die ihrer Kinder.

Wenn wir heute beobachten, dass Rechtspopulisten, völkische Nationalisten und Autokraten in Deutschland, Europa und weltweit wieder Zuspruch gewinnen, so liegt einer der wesentlichen Gründe in dieser wachsenden Verunsicherung. Hier setzen die ultrarechten Brandstifter mit ihrer demokratie- und menschenfeindlichen Hetze an.

Sie instrumentalisieren die unsicheren Lebens- und Zukunftsperspektiven der Menschen und lenken sie um in Protest und blinde Wut gegen „die da oben“ und gegen „die Fremden“.

Dabei verschwimmen die Grenzen zusehends zwischen denen, die ihre Stimme aus Protest gegen das „politische Establishment“ den Feinden unserer Demokratie geben, und denen, die tatsächlich rechtsextreme, autoritäre, rassistische und völkisch-nationalistische Einstellungen teilen.

So springt es doch entschieden zu kurz, wenn immer wieder behauptet wird, es sei in erster Linie die Flüchtlingsfrage im Jahr 2015 gewesen, die bei uns im Lande die Wahlerfolge der Unbelehrbaren und ewig Gestrigen begründet habe. Sicherlich – die Flüchtlingsfrage wurde von ihnen als Brandbeschleuniger missbraucht.

Wie ist die Situation in andere Länder Europas? Auch dort haben rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien in vielen Fällen doch nicht erst seit 2015 Wahlerfolge gefeiert.

[ANREDE]

All dies zeigt: Schon seit einiger Zeit ist etwas ins Rutschen geraten in unserer Gesellschaft. Viele Menschen flüchten

sich in einer globalisierten Welt, in der sie die innere und soziale Sicherheit immer stärker gefährdet sehen, in die Illusion, nationalistische Abschottung und ethische Ausgrenzung seien die Lösung. Für die rassistischen und menschenfeindlichen Parolen in Deutschland, Europa und der Welt ist das ein fruchtbarer Nährboden, um Überfremdungsängste zu schüren. Die Folge: Wir erleben wie Flüchtlinge immer unverhohlener verteufelt werden, antimuslimischer Rassismus um sich greift und der Antisemitismus in Europa wieder seine hässliche Fratze erhebt.

Die Rechtspopulisten und völkischen Nationalisten befeuern all diese Ressentiments, um dafür zu sorgen, dass auch noch die letzten Tabus in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung fallen.

Mit der scheinbar harmlosen Ansage „Man wird doch wohl noch sagen dürfen“ versuchen sie den Keil der Spaltung immer tiefer in unsere Gesellschaft zu treiben und ihre menschenfeindlichen Parolen gesellschaftsfähig zu machen.

Wohin das führen kann, haben wir doch letztes Jahr gesehen: Wir alle erinnern uns an die Bilder aus Chemnitz

und Köthen, wo Rechtsextreme Seite an Seite mit sogenannten „besorgten Bürgern“ durch die Straßen gezogen sind und die

Polizei hilflos dabei zusehen musste, wie sich der Hass gegen Flüchtlinge Bahn brach.

Was blindwütiger Hass aber in letzter Konsequenz anrichten kann, wenn man ihm freien Lauf lässt, das hat die Welt mit Entsetzen vor einer Woche im neuseeländischen Christchurch erlebt – als ein bewaffneter Rechtsextremist beim Freitagsgebet in zwei Moscheen eingedrungen ist und wahllos 50 Menschen getötet und weitere 50 Menschen verletzt hat.

[ANREDE]

Uns alle hat dieser grausame Terrorakt bis ins Mark erschüttert und wir sind beim heutigen Freitagsgebet alle mit unseren Gedanken bei den Opfern. Wir trauern mit ihren Angehörigen und Hinterbliebenen.

Was in Christchurch geschehen ist, hat uns allen vor Augen geführt, zu welch unfassbaren Gewaltexzessen weltanschaulicher Fanatismus gepaart mit Muslimhass, Rassismus und Menschenfeindlichkeit führen können.

Die Tat lehrt uns aber auch erneut, dass wir den Anfängen wehren müssen.

Genau darauf verweist das Motto der diesjährigen internationalen Wochen: „100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus“.

In unserem gemeinsamen Einsatz für Demokratie und Menschenwürde eint uns die Überzeugung, dass das Unsagbare unsagbar bleiben muss.

Eine Gesellschaft, die keine Tabus mehr kennt und in der völkisch-nationalistisches Gedankengut und die Hetze gegen „die Fremden“ um sich greifen, bereitet Fanatismus und Gewaltbereitschaft den Boden.

Das ist eine der zentralen Lehren, die wir Gewerkschaften aus der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten gezogen haben. Das ist der Grund, warum wir Gewerkschaften uns mit aller Entschlossenheit gegen jede Art von Faschismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit stellen.

Wir Gewerkschaften verstehen Solidarität als ein Miteinander, das keine Ausgrenzung aufgrund von Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder was auch immer kennt.

Unser Engagement für die Würde des Menschen, für die Demokratie und die Menschenrechte kennt keine nationalen Grenzen.

Deshalb machen wir Gewerkschaften uns auch stark für ein demokratisches, solidarisches und weltoffenes Europa, in dem kein Platz ist für Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Darauf müssen wir uns in den kommenden Wochen mit all unseren Kräften konzentrieren.

Ich sage das, weil Ende Mai die Wahlen zum Europäischen Parlament anstehen. Und die Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass die Feinde der Demokratie, die Höckes und Gaulands, die Orbans, Kaczynskis und Savinis oder wie auch immer sie heißen, weiter zulegen könnten.

Wir haben uns deshalb entschlossen, die Europawahl mit einer eigenen Kampagne des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zu begleiten.

Mit ihr wollen wir die Menschen davon überzeugen, sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimmen den demokratischen Kräften in Europa zu geben. Wir werden das Feld nicht den völkischen Nationalisten und rechtspopulistischen Hetzern überlassen!

Außerdem werden wir mit allen Partnern unserer Allianz für Weltoffenheit mit einem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit gehen, um mit dieser Botschaft möglichst große Breitenwirkung zu entfalten: „Geht demokratisch wählen!“

Neben dem Zentralrat der Muslime und dem DGB gehören unserer Allianz die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Zentralrat der Juden, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz, der Deutsche Olympische Sportbund, der Deutsche Kulturrat und Deutsche Naturschutzring an. Zusammen verleihen wir der demokratischen Mitte unserer Gesellschaft eine starke Stimme.

Und ich kann Ihnen zusichern: Mit dieser gemeinsamen Stimme unserer Allianz werden wir uns auch stark machen für das Kampagnenmotto, mit dem die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus die Europawahlen begleitet: „Europa wählt Menschenwürde!“

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!